

06.03.2014

Niederschrift

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 05.02.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dirk Kolar

Kreistagmitglieder SPD

Herr Carsten Jaksch-Nink

Herr Gerd Oldenburg

Frau Bärbel Schmidt

Herr Heinz Steffen

Frau Brunhilde Weinhold

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Dipl. Ing. Burckhard Elsner

Herr Heiko Haarmann

Herr Marco Pincus

Kreistagmitglieder CDU

Frau Marlies Deppe

Herr Paul-Heinz Kranemann

Frau Elke Middendorf

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Carsten Böckmann

Herr Martin Niessner

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Andrea Hosang

Kreistagmitglieder FDP

Herr Sigurd Senkel

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Hans-Jürgen Allendörfer

Kreistagmitglieder FWG

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Herr Josef Merfels, Fachbereichsleiter

Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

- Punkt 2** Vorstellung der gesundheitlichen Selbsthilfegruppe „Multiple Sklerose Gruppe Unna“ und Rollstuhlclub Unna

- Punkt 3** Vorstellung der psychosozialen Selbsthilfegruppe „Eltern hochbegabter Kinder“ (Lünen)

- Punkt 4** Stand der Inklusion im Kreis Unna; Bericht der Behindertenbeauftragten des Kreises Unna, Frau Gabriele Olbrich-Steiner

- Punkt 5** Aktuelle Entwicklungen im Bereich Verbraucherschutz/Tierschutz; Bericht der Verwaltung

- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 7** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Vorstellung der gesundheitlichen Selbsthilfegruppe „Multiple Sklerose Gruppe Unna“ und Rollstuhlclub Unna

Erörterung

Herr Christian Baran, Vorsitzender des Multiple Sklerose Fördervereins Unna-Bönen e. V., stellt die gesundheitliche Selbsthilfegruppe „Multiple Sklerose“ Unna vor. Sie habe derzeit rund 60 Mitglieder. Treffpunkt für die Gruppe sei das Gesundheitshaus in Unna.

Im Mittelpunkt der Treffen stünden der gegenseitige Austausch und die gemeinsame Unterstützung. Besonders würde man sich neuerkrankter Mitglieder annehmen, für die es oftmals ein schwerer Schlag sei, zu erkennen, dass ihr Leben nun in anderen Bahnen als geplant verlaufen werde.

Die „Krankheit der 1.000 Gesichter“ begleite die Erkrankten ihr Leben lang. Daher versuche man bei jedem Treffen, den Teilnehmern insbesondere eine positive Einstellung und ein positives Lebensgefühl zu vermitteln. Das persönliche Gespräch und der mitmenschliche Kontakt sei den Betroffenen äußerst wichtig, betont Herr Baran. Das könne kein Computer oder keine virtuelle Gruppe im Internet leisten.

Herr Baran führt ein Video vor, das zum Welt-MS-Tag herausgekommen sei. In dem Kampagnenfilm "Beautiful Day", benannt nach einem Lied der Popgruppe "U2", erzählen MS-Erkrankte aus aller Welt Geschichten aus ihrem Leben mit Multiple Sklerose. (<http://www.dmsg.de/multiple-sklerose-news/index.php?w3pid=news&kategorie=ausdembundesverband&anr=1886>).

Anschließend berichtet Herr Baran über den Rollstuhlclub, den er aufgrund zahlreicher Nachfragen in Unna gegründet habe. Über zehn Anmeldungen hätten ihm dafür direkt vorgelegen.

Als problematisch habe sich die Suche nach einem geeigneten Treffpunkt herausgestellt, da man eine gewisse Raumgröße benötige und auch Ansprüche hinsichtlich der Barrierefreiheit stellen müsse. Das erste Treffen habe im Raum neben dem Ratssaal in Unna stattgefunden. Nachdem die Mitgliederzahl auf 17 Rollstuhlfahrer angestiegen sei, habe man einen entsprechend größeren Raum benötigt.

Der Raum im ersten Stock des Gesundheitshauses wäre groß genug, aber dort gebe es nur einen Aufzug, was Probleme bei Ankunft und Abfahrt bereite und auch im Brandfall bedenklich sei. Die Nutzung des Raumes im Erdgeschoss sei nicht möglich, da er verwaltungsseitig belegt sei.

Er habe dann im ZIB in Unna nachgefragt. Dort habe man Geld für Raummiete verlangt, das der Club aber nicht habe. Die Lösung des Problems sei dann die Gründung eines VHS-Kurses gewesen. Daher biete man nun den Kurs „Rollstuhltraining für Anfänger“ an, der auf eine gute Resonanz stoße. Somit sei man nun der erste Rollstuhlclub in Unna.

**Punkt 3 Vorstellung der psychosozialen Selbsthilfegruppe „Eltern hochbegabter Kinder“
(Lünen)**

Erörterung

Frau Susanne Schmelter stellt die psychosoziale Selbsthilfegruppe „Eltern hochbegabter Kinder“ Lünen vor. Die Gruppe bestehe in Lünen seit dem Jahr 2008. Aktuell gehörten ihr 14 Familien mit ihren Kindern an.

Laut Frau Schmelter hätten 86 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft eine „normale“ Intelligenz (also 100 IQ-Punkte). Die restlichen 14 Prozent verteilen sich auf der einen Seite auf den Behinderten- und auf der anderen Seite auf den Hochbegabten-Bereich.

In der Regel sei unsere Bildungslandschaft auf die Förderung von Hochbegabung nicht ausgelegt. Sie sei eher defizitorientiert, d.h. es werde eher geprüft, was Kinder nicht könnten und welche Hilfe sie benötigten, um Anschluss zu finden. Dies sei bei hochbegabten Kindern ja nicht erforderlich.

Schwierig werde es, wenn hochbegabte Kinder auffällig würden. Das sei in vielen Situationen hauptsächlich bei den Jungen so, die mit ihrem Frust und ihrem „Nicht gesehen werden“ sehr aggressiv wirkten und da sehr auffällig seien. Bei den Mädchen gehe es eher in die andere Richtung: Sie seien laut Statistik eher suizidgefährdet.

Hochbegabte Kinder hätten ein unglaublich schnelles Informationsvermögen, würden Zusammenhänge sehr schnell erkennen und erfassen und in den meisten Fällen in der Schule völlig ausgebremst. Wenn Eltern dann erklärten, ihr Kind könne schon viele Dinge, hätten sie häufig das Problem, sich ständig mit Lehrern auseinandersetzen zu müssen.

Das Thema Hochbegabung sei in der Ausbildung der Erzieher oder Lehrer ganz selten ein Thema, sodass sehr viel Unsicherheit und Unwissenheit bei den Pädagogen herrsche, oft aber auch viele Vorurteile festzustellen seien. Das läge ein Stück weit an den starren Bildungsstrukturen und –plänen. Häufig fände man hochbegabte Kinder daher auch an Förderschulen.

Oft erlebe sie auch Vorurteile und Dünkel. Der Begriff der Hochbegabung habe eben auch so einen elitären Beigeschmack. Es gehe aber nicht um Elite, sondern um adäquate individuelle Förderung dieser Kinder.

Wenn das Kind die Eltern dann Dinge frage, die sie nicht mehr beantworten könnten, Lehrer und Erzieher nicht mehr helfen könnten oder wollten und dann Konflikte innerhalb und außerhalb der Familie auftreten würden, stünden die Eltern häufig allein da. Genau da greife die Selbsthilfegruppe.

Die Eltern würden die Gruppe dazu nutzen, sich gegenseitig zu unterstützen, aufzubauen und zu helfen. Sie sei diejenige, die diese Gruppe moderiere und unterstütze. Als ausgebildete Erzieherin mit einer Zusatzqualifikation zum Thema „Förderung hochbegabter Kinder“ und einer Coach-Ausbildung könne sie Familien rund um das Thema Hochbegabung beraten. Sie begleite Eltern auch bei Gesprächen mit Lehrern und Erziehern, um dort Vorschläge oder Hinweise zu geben. Zudem würde sie auch Fortbildungen für Erzieher/innen unter der Überschrift „Stärken stärken, um die Schwächen zu schwächen“ anbieten.

Herr Kranemann (CDU-Fraktion) erkundigt sich, welche Schulen es für Hochbegabte gebe. Frau Schmelter erklärt, dass Eltern grundsätzlich die Möglichkeit hätten, ihr Kind an Privatschulen anzumelden. Zudem gebe

es spezielle Internate in Bielefeld und Königswinter. Bei all diesen Schulen spiele jedoch immer die Finanzierung eine große Rolle.

Auf Nachfrage von Herrn Senkel (FDP-Fraktion) erklärt Frau Schmelter, dass sie frühestens ab dem fünften Lebensjahr einen IQ-Test zur Feststellung einer möglichen Hochbegabung empfehlen würde. Davor sollte man sein Kind einfach möglichst aufmerksam beobachten und unterstützen.

Frau Schmelter bestätigt Herrn Allendörfers Hinweis (FDP-Fraktion), dass zu den Problemen hinsichtlich der schulischen Bildung oft auch noch soziale Probleme hinzukämen. Da die Kinder oft jünger seien als andere Kinder ihrer Stufe, hätten sie häufig aufgrund unterschiedlicher Interessen keine gleichwertigen Gesprächspartner und würden daher eher gemobbt. Sie seien dazu sehr sensibel und litten darunter, dass sie nicht „dazu“ gehörten.

Herr Kolar betont, dies stelle ein grundsätzliches Problem dar, denn das träfe ja nicht nur auf Hochbegabte zu, sondern auch auf alle anderen Kinder, die sich vom Regelfall unterscheiden würden. Die Schulen seien durchaus auf einem guten Weg, diese Probleme zu erkennen. Bestimmte Umstände, wie z.B. die Altersdifferenz beim Überspringen von Klassen, seien aber nicht wegzudiskutieren. Wenn man jedoch versuchte, diese Kinder gesondert zu beschulen, dann würde man bei der Hochbegabung versuchen, Förderschulen wieder einzugliedern, obwohl auf der anderen Seite versucht werde, diese abzuschaffen.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt Frau Schmelter, dass eine Hochbegabung allgemein bei 130 IQ-Punkten begännen. Kinder, die in einem Bereich eine deutliche Hochbegabung zeigten, würden in der Regel auch auf den umliegenden Themengebieten eine ähnlich hohe Begabung aufweisen. Es gäbe aber auch Teilleistungsbegabungen.

Zum Thema Individuelles Lernen teilt sie Herrn Bangert mit, dass sie dies für ein gutes Konzept halte, das auch hochbegabten Kindern helfen könne. In der Praxis sei es jedoch häufig nicht umsetzbar, da die Schere innerhalb einer Klasse mit durchschnittlich 28 Kindern je nach Schulform enorm weit auseinander klaffe. Die Probleme innerhalb einer Klassengemeinschaft seien so vielfältig und die Kinder so unterschiedlich, dass meistens die hochbegabten Kinder hinten überfielen, da sie in diesem Verbund am Wenigsten der Förderung bedürften. Hilfreich wäre es, in diesem Bereich etwas mehr Fortbildung für die Pädagogen anzubieten.

Herr Allendörfer (FDP-Fraktion) erkundigt sich, ob Aussagen dazu gemacht werden könnten, dass hochbegabte Kinder im späteren Berufsleben auch überdurchschnittlich abschneiden würden. Frau Schmelter verneint dies. Hochbegabung sei kein Garant dafür, dass auch später phänomenal abgeschnitten werde, eher im Gegenteil. Zurzeit sehe es so aus, dass die Leistungen der meisten Hochbegabten spätestens ab der weiterführenden Schule abfallen würden. Nur in seltenen Fällen könnten sie ihre Begabung so zeigen und so gefördert werden, dass sie später wirklich mit Auszeichnung abschneiden würden.

Punkt 4 Stand der Inklusion im Kreis Unna; Bericht der Behindertenbeauftragten des Kreises Unna, Frau Gabriele Olbrich-Steiner

Erörterung

Die Behindertenbeauftragte des Kreises Unna, Frau Olbrich-Steiner, berichtet zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Verwaltung Kreis Unna anhand einer Folienpräsentation (Anlage 1).

Sie erinnere daran, dass der Kreistag im September 2010 den Auftrag erteilt habe, die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention durchzuführen. Zum Auftakt habe man in Lünen im Mai 2012 eine Fachtagung durchgeführt und im Handlungsprogramm „Kreis Unna Inklusiv“ die Ziele und Maßnahmen der unterschiedlichen Bereiche der Verwaltung formuliert. Kreisseitig seien eine Arbeitsgruppe Inklusion und die Steuerungsgruppe ins Leben gerufen worden. Beide Arbeitsgruppen würden von Vertretern der Betroffenenverbände fachlich beraten.

Regelmäßig würden Gespräche mit den örtlichen Behindertenbeiräten geführt, und der Fachbeirat Inklusion sei ergänzt worden durch die Vertreter der Selbsthilfe im Kreis Unna. Dazu gewonnen habe man den Seniorbereich und den Kreissportbund mit Herrn Rudolf Mäkler als Inklusionsbeauftragten.

Das Handlungsprogramm habe der Kreistag im Dezember 2012 verabschiedet. In derselben Sitzung sei empfohlen worden, bei der „Aktion Mensch“ einen Förderantrag zu stellen, der inzwischen in der Vorlaufphase bewilligt worden sei.

Das Handlungsprogramm enthalte verschiedene Schwerpunkte. Einer davon sei die verständliche Behördensprache. Man habe sich darauf geeinigt, in den Dokumenten der Kreisverwaltung nicht die leichte Sprache, für die es offizielle Regeln gebe, sondern eine verständliche Sprache zu verwenden. In diesem Zusammenhang analysiere man die Dokumente der Kreisverwaltung und lasse sie in verständliche Sprache übersetzen. Inzwischen seien weit mehr als 50 Dokumente übersetzt und ein Teil davon bereits ins Internet eingestellt. Der Prozess werde sukzessiv weitergeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Handlungsprogramms sei die Fortbildung der Mitarbeiter. An den Schulungen zur verständlichen Sprache hätten von November 2013 bis Januar 2014 etwa 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung teilgenommen.

Ein dritter Schwerpunkt läge auf dem neuen Internetauftritt des Kreises Unna. Dieser sei durch einen Software-Experten auf Barrierefreiheit geprüft worden. Seine Empfehlungen habe man inzwischen weitestgehend umgesetzt.

Im Bereich Bauen gebe es eine große Analyse zur Barrierefreiheit in den Schulen und Gebäuden der Verwaltung des Kreises Unna. Unter Beteiligung der Betroffenenvertretungen sei so u.a. der barrierefreie Umbau von Haus Opherdicke veranlasst worden.

Ein weiteres zentrales Thema im Prozess der Inklusion sei das Thema Mobilität für Menschen mit Behinderung, aber auch für ältere Menschen. Die Vorgaben seien: „Menschen mit Behinderung brauchen eine Nahmobilität, müssen sich in ihrem Stadtteil barrierefrei bewegen können.“ Die VKU habe in diesem Rahmen das Projekt „JederBus“, aufbauend auf dem Projekt „NimmBus“, angelegt. Dazu habe es auch intensive Kontakte zu Betroffenenvertretungen gegeben. Von der VKU sei dazu auch der Flyer „Einfach Busfahren“ herausgegeben worden, in dem in einer leichten Sprache erklärt werde, wie man mit Bussen im Kreis Unna zurechtkomme.

Unter der Überschrift „Wohnen für Menschen mit Behinderung“ müsse man sich vor Augen halten, dass die Bevölkerung insgesamt geringer werde, die Menschen aber älter würden und dazu die Zahl der Menschen mit Behinderung steige. Daher werde künftig mehr barrierefreier Wohnraum benötigt. Man sei gehalten, neue innovative Wohnprojekte zu entwickeln, wie z.B. Hauswohngemeinschaften oder Wohnangebote wie W.I.B.K.E. e.V. (**W**erneraner **I**ntegrieren **B**ehinderte **K**inder und **E**rwachsene), wo Junge, Alte, Behinderte

und Nichtbehinderte zusammen wohnen. In den PSAG-Fachgruppen plane man bereits solche neuen Wohnformen.

In den nächsten Jahren würden laut Frau Olbrich-Steiner noch einige neue stationäre Wohneinrichtungen im Kreis Unna dazu kommen. Die Planungen seien noch nicht abgeschlossen, aber man brauche alternative, überschaubare kleine Wohnangebote. Zu diesem Thema fände am 11. Juni 2014 im Kreishaus in Unna die 4. Regionalplanungskonferenz – Wohnen unter dem Dach des Zukunftsdialoges – statt.

Ziel des Handlungsprogramms sei die inklusive Verwaltung Kreis Unna. Man plane für die Bürgerinnen und Bürger der Städte und Gemeinden im Kreis Unna. Dabei gebe man den örtlichen Gremien wertvolle Impulse, profitiere aber auch von den örtlichen Inklusionsprozessen. Man versuche, die Beteiligungsstrukturen und Netzwerke zu nutzen und sinnvoll zu verbinden. Dies zeige auch der Fachbeirat Inklusion und die Verbindung der Selbsthilfe, Behindertenbeiräte und der Senioren. Das solle auch in Zukunft so fortgeführt werden.

Abschließend gibt Frau Olbrich-Steiner eine kurze Übersicht über die unterschiedlichen Aktivitäten in den Städten und Gemeinden des Kreises und betont, dass Inklusion ein dynamischer Prozess im Kreis Unna mit vielen Facetten und Akteuren sei, der alle Lebensbereiche betreffe und nicht nur den schulischen Bereich, wie oft der Eindruck entstehe.

Für weitere Informationen, auch über aktuelle Veranstaltungen, verweise sie auf die Seiten im Internetauftritt des Kreises unter dem Stichwort Inklusion (<http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis-region/politik-verwaltung/kreisverwaltung/planung-und-mobilitaet/behindertenbeauftragte-inklusion.html>).

Punkt 5 Aktuelle Entwicklungen im Bereich Verbraucherschutz/Tierschutz; Bericht der Verwaltung

Erörterung

Frau Dr. Anja Dirksen gibt anhand einer Präsentation (Anlage 2) Einblicke in die Arbeit und die aktuellen Entwicklungen im Bereich Verbraucherschutz/ Tierschutz. Ihr Aufgabenbereich sei das siebte Sachgebiet im Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz. Das Sachgebiet selbst habe vier Produkte: Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Tierkrankheiten, Fleischhygiene, Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung sowie den Tierschutz und das Tierheim.

Nach dem Überblick über das Sachgebiet stellt sie die Aufgaben im Einzelnen vor und ergänzt diese mit Beispielen aus der Praxis, um dann auf aktuelle Entwicklungen einzugehen.

Im Aufgabenbereich Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Tierkrankheiten sei als Neuerung die zum 1. April 2013 eingeführte Antibiotika-Datenbank zu nennen. Damit wolle man die eingesetzten Arzneimittel und deren Therapiehäufigkeit erfassen und daraus Handlungskonzepte entwickeln. Die eingehenden Daten würden halbjährlich ausgewertet und die landwirtschaftlichen Betriebe danach bewertet. Je nach Klassifizierung müssten Hoftierarzt und Landwirt sich dann Gedanken über die Gründe des Arzneimitteleinsatzes und über eine Verbesserung/Verringerung des Einsatzes machen, bzw. zusammen mit den Veterinären Handlungsstrategien entwickeln. Das erfordere Personal und strenges Fachwissen. Ihr Kollege Herr Dr. Kirschner sei an der Entwicklung dieser Datenbank beteiligt, sodass auch Erfahrungen aus der Praxis eingebracht werden könnten.

Im Aufgabenbereich der Fleischhygiene spiele bei der Schlachtung der Tierschutz eine große Rolle. Da gelte es, insbesondere auch EU-Vorschriften zu beachten. Mitarbeiter in Schlachthöfen müssten dahingehend besonders geschult sein und spezielle Sachkundenachweise mit Prüfungen ablegen.

In der Lebensmittelüberwachung müssten rund 4.600 Betriebe kontrolliert werden. Die Kontrollen würden risikobasiert erfolgen, d.h. die Betriebe würden anhand der Produkte, die sie vertrieben, bewertet. Es würden Proben entnommen: 5,7 Proben je 1.000 Einwohner, das mache 2.600 Proben aus, die im Jahr entnommen werden müssten.

Neu in diesem Bereich sei das Verbraucherinformationsgesetz. Es sehe kürzere Fristen und leichtere Antragsverfahren vor, um dem Verbraucher die Möglichkeit zu gewähren, Zugang zu Informationen der Behörde zu erlangen. Tatsächlich werde dieses Gesetz weniger von Verbrauchern als von Verbänden genutzt.

Neu sei auch der Modellversuch des Ministeriums zum Kontrollbarometer. Gesetzlich sei die Hygieneampel im Augenblick nicht möglich, weil entsprechende Vorgaben im Lebensmittelrecht fehlten. Über den Umweg über das Verbraucherinformationsgesetz habe das Ministerium jetzt gemeinsam mit der Verbraucherzentrale einen Versuch gestartet. Die Verbraucherzentrale habe eine Daueranfrage über die Städte Duisburg und Bielefeld laufen und werte die Bögen aus, um dann ein Kontrollbarometer, das über das Internet einsehbar sei, zu vergeben. Auf dieser Internetseite (<http://www.vz-nrw.de/kontrollbarometer>) könne man dann in einem Ort nach einem bestimmten Betrieb suchen und dessen Einstufung sehen. Im Augenblick laufe eine Klage des Hotel- und Gaststättenverbandes gegen diese Tätigkeit, weil man der Meinung sei, dass das Verbraucherinformationsgesetz für den Verbraucher gemacht sei und eine Daueranfrage eines Verbandes daher nicht rechtens wäre.

Neu im Bereich Tierschutz sei das Verbandsklagerecht. Es eröffne Tierschutzverbänden die Möglichkeit, Einwendungen und Klagen gegen verschiedene behördliche Entscheidungen einzureichen. Das betreffe Bauverfahren, alle schriftlichen oder mündlichen Anordnungen nach dem Tierschutzrecht und Genehmigungsverfahren für gewerbliche Tierhaltungen. Begründung dafür sei, dass den Tieren ein Fürsprecher fehle. Daher werde man nun alle Entscheidungen transparent machen müssen. Dies solle durch die Eingabe aller tierschutzrechtlichen Anordnungen und Erlaubnisanträge in eine Datenbank geschehen.

Im Tierheim habe man von April bis Oktober 2013 eine Kundenbefragung durchgeführt. Diese sei insgesamt sehr gut ausgefallen. 96 Prozent der Befragten hätten die Tierheimmitarbeiter für sehr freundlich gehalten. Die Beratungskompetenz sei ebenfalls sehr gut eingestuft worden und die Einrichtung weiter empfohlen worden.

Zudem habe es im Tierheim auch Umbaumaßnahmen gegeben. Mit Fördermitteln des Landes habe man eine Solar-Thermieanlage für die Warmwasserbereitung installieren lassen. Des Weiteren sei der Umbau der Katzenaußengehege auch mit Landesfördermitteln geplant, sodass man optisch attraktiver werde und auch mehr Tiere unterbringen könne.

Auf Nachfrage von Frau Middendorf (CDU-Fraktion) erklärt Frau Dr. Dirksen, dass zu bestimmten Zeiten, insbesondere im Frühjahr und im Herbst, verstärkt Katzen aufgenommen werden müssten und die Kapazitäten im Tierheim dann oft erschöpft seien.

Herr Allendörfer (FDP-Fraktion) erkundigt sich nach den Kontrollmechanismen zur Überwachung des Antibiotikaeinsatzes. Frau Dr. Dirksen erklärt, dass man die Buchführung der Landwirte überprüfe, da die

